



Drucksachen-Nr.

1721/2025-2030

Datum:

06.07.2026

An die Oberbürgermeisterin der Stadt Bielefeld

Antrag

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	16.07.2026	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Einrichtung und Verhängung von Waffenverbotszonen beenden

Der Rat der Stadt Bielefeld möge beschließen:

Die Stadtverwaltung setzt sich im Rahmen der Ordnungspartnerschaft bei den zuständigen Polizeibehörden (Landespolizei / Polizeipräsidium sowie Bundespolizei) sowie beim nordrhein-westfälischen Innenministerium dafür ein, die Einrichtung und Verhängung sogenannter Waffenverbotszonen in Bielefeld zu beenden.

Begründung:

Waffenverbotszonen sind Scheinlösungen, da mit ihnen das eigentliche Problem – nämlich die Gruppe der Täter, welche die Waffen benutzen – verschleiert werden soll. Personen, die vorhaben, Verbrechen zu begehen, werden sich davon nicht durch die Verhängung von Waffenverbotszonen abbringen lassen. Faktisch schränken diese gesetzestreue Bürger in ihrer Freiheit ein, nehmen ihnen die Möglichkeiten der Selbstverteidigung und der Notwehr und suggerieren ein täuschendes Gefühl der Sicherheit. Die Begehung einer Straftat geht von Menschen aus, nicht von Gegenständen. Symbolpolitik, die Probleme verschleiert anstatt diese an der Wurzel anzugehen, darf nicht länger die Leitlinie kommunaler Sicherheitspolitik sein.

Unterschrift:

gez.
Dr. Florian Sander
Vorsitzender AfD-Ratsfraktion Bielefeld